



Suzanne Tucker/Unsplash

DIE TIERWOHLABGABE ALS INSTRUMENT FÜR BESSERE HALTUNGSBEDINGUNGEN

Sie kann aber nur ein erster Schritt sein

Die Bedingungen der Nutztierhaltung in Deutschland müssen dringend verbessert werden. Eine erste Idee zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen ist eine Tierwohlabgabe. Langfristig sollten im Landwirtschaftssektor unterschiedliche Instrumente zusammenarbeiten, die neben dem Tierwohl auch Umwelt- und Klimaziele im Auge behalten.

Skandal auf dem Tierwohl-Hof: Aktivisten filmen verletzte Schweine in einem Betrieb der Initiative Tierwohl. Tierrechtler kritisieren Behörden für die vergebenen Gütesiegel¹, „Tierskandal im Allgäu: Mehr Kontrollen, aber ohne Generalverdacht“², „Immer neue Skandale: Ist Thüringen die Schweinehölle?“³. Solche und ähnliche Schlagzeilen liest man immer wieder in den

Zeitungen. Sie sind Zeugnis dafür, dass Nutztiere nicht auf allen Höfen so glücklich leben, wie es die Werbebilder auf Milch- und Wurstverpackungen suggerieren, und sie vermitteln eindrücklich, dass sich in der Tierhaltung, bei Tiertransporten und in Schlachthöfen mancherorts etwas ändern muss. In die Medien schaffen es in der Regel nur die Extremfälle, bei denen ein bisschen finanzielle Unterstüt-

zung im Rahmen einer Tierwohlabgabe nicht die Lösung darstellt, sondern vielmehr die Strafverfolgungsbehörden aktiv werden müssten. Doch unterhalb dieser Skandale gibt es rechtlich zulässige Formen der Nutztierhaltung, die mit artgerechter Haltung nur bedingt etwas zu tun haben. Spaltböden, enge Kastenstände, Anbindehaltung oder wenig Beschäftigungsmöglichkeiten gefährden die Gesundheit und das Wohl der Tiere.

Die Umstrukturierung des Sektors: eine große finanzielle Belastung

Doch Stallumbauten oder die Reduktion von Tierbeständen, um mehr Platz zu schaffen, verursachen Kosten oder führen zu Mindereinnahmen, weshalb sich viele landwirtschaftliche Betriebe finanziell nicht in der Lage sehen, diese Investitionen ohne Unterstützung zu tätigen. Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft geht davon aus, dass jährlich rund fünf Milliarden Euro benötigt würden, um den Sektor tierwohlgerecht umzubauen, Mehrkosten zu decken und Einkommenseinbußen auf Grund reduzierter Tierbestände zu kompensieren. Die ErzeugerInnenpreise für Fleisch- und Milchprodukte decken zum Teil jedoch nicht einmal die Produktionskosten, und allein mit den Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Ware sind Investitionen in Stallumbauten oder die Reduktion von Tierbeständen für viele LandwirtInnen finanziell kaum leistbar. Viele KonsumentInnen befinden sich in einem Zwiespalt. Sie wünschen sich Milch- und Fleischprodukte von Tieren aus artgerechter Haltung, zeitgleich sind sie sehr preisbewusst und entscheiden sich daher häufig für günstige Produkte. Es wäre jedoch falsch, ausschließlich die EndverbraucherInnen für den Preisdruck auf dem Fleisch- und Milchmarkt verantwortlich zu machen. Überproduktion und die Hoffnung, tierische Lebensmittel auf dem Weltmarkt vertreiben zu können, geopolitische Maßnahmen wie das Russlandembargo, Ereignisse wie das Auftreten der Schweinepest und das daraus resultierende Exportverbot nach China und die Marktmacht einiger weniger Handelsketten leisten ihren Beitrag zum Preisdumping.

Tierwohlabgabe, einheitliche Kennzeichnung, Mindeststandards – Mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation

Im Rahmen der Diskussion, welche Instrumente dem Landwirtschaftssektor zur Verfügung gestellt werden können, um LandwirtInnen zu unterstützen, die in artgerechte Haltung investieren wollen, wird die Einführung einer Tierwohlabgabe diskutiert. Die Abgabe soll auf den Preis tierischer Produkte aufgeschlagen werden und zur Finanzierung der Umstrukturierung des Tierhaltungssektors beitragen. Zur Ausgestaltung dieser Abgabe gibt es verschiedene Vorschläge. So könnte die Abgabe bedarfsspezifisch erhoben werden, sodass zum Beispiel die auf Schweinefleisch erhobene Tierwohlabgabe den Investitionsbedarf in der Schweinezucht deckt, die auf Milchprodukte erhobene Abgabe den Bedarf in der Milchviehhaltung. Möglich wäre auch eine nach Haltungsformen differenzierte Abgabe, wobei für Produkte aus nachweislich artgerechter Haltung (z. B. belegt durch das EU-Biosiegel) keine oder eine geringere Abgabe

erhoben wird. So würden die oft bestehende Preisdifferenz zwischen Waren aus artgerechter Haltung und anderen weniger tierfreundlichen Haltungsformen verringert und Anreize gesetzt werden, sich für das im Sinne des Tierwohls bessere Produkt zu entscheiden. Hierfür müsste endlich das schon lange erwartete staatliche Tierwohllabel sowie Kontrollmechanismen eingeführt werden. Um auch Importware miteinzubeziehen, wäre langfristig eine europaweit einheitliche Kennzeichnung der Haltungsbedingungen erstrebenswert.

Das unter dem Namen Borchert-Kommission bekannte Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung empfiehlt ergänzend eine schrittweise Anhebung der gesetzlichen Mindeststandards. Langfristig würde diese nicht nur LandwirtInnen unterstützen, die zwar eine intrinsische Motivation, aber teilweise keine finanziellen Mittel haben, Tierwohlmaßnahmen umzusetzen. Es würde damit auch ein ordnungsrechtlicher Rahmen geschaffen werden, der die ProduzentInnen von tierischen Produkten in die Pflicht nimmt.

Selten erwähnt bleiben im Zuge dieses Diskurses die steigenden Milch- und Fleischexportquoten Deutschlands. Laut Statistischem Bundesamt ist die Menge an exportiertem Fleisch und Fleischwaren zwischen 2009 und 2019 um rund 20 % gestiegen. Da die benötigten fünf Milliarden Euro Investitionsbedarf in Tierwohlmaßnahmen aber nur auf die innerhalb Deutschlands verkauften Waren erhoben würden, kämen deutsche KonsumentInnen dafür auf, dass Menschen im Ausland tierische Produkte aus artgerechter Haltung kaufen können, ohne für die Mehrkosten zahlen zu müssen.

Doch auch unter diesen Bedingungen wäre die finanzielle Mehrbelastung moderat. Legt man den durchschnittlichen Konsum pro Person und Jahr und die empfohlene Höhe einer Tierwohlabgabe der Borchert-Kommission zugrunde, ergeben sich Mehrkosten in Höhe von zwei Euro und 87 Cent pro Monat und Person. Diese sehr geringe Mehrbelastung könnte von den meisten KonsumentInnen problemlos kompensiert werden, entweder durch das Zahlen des höheren Preises oder durch gelegentlichen Verzicht auf Fleisch- und Milchprodukte. Von gravierenden sozialen Verteilungseffekten im Zusammenhang mit einer Tierwohlabgabe kann also nicht die Rede sein. Transferleistungen sollten aber selbstverständlich zeitgleich mit der Einführung einer solchen Abgabe angepasst werden, da EmpfängerInnen von Sozialleistungen bereits heute ein sehr knapp kalkuliertes Budget für Lebensmittel zur Verfügung steht,



Gerade mit Blick auf die globalen sozialen Implikationen des Klimawandels kann die Erhebung einer Tierwohlabgabe nur der erste Schritt bei einer Vielzahl von Maßnahmen im Landwirtschaftssektor sein.

mit dem eine ausgewogene und nachhaltige Ernährung kaum finanzierbar ist.

Umwelt, Klima und Gesundheit müssen mitgedacht werden

Die Haltungsbedingungen von Nutztieren sind nur ein Aspekt, der in naher Zukunft von der Politik im Landwirtschaftssektor adressiert werden muss. Die Emission von Treibhausgasen und Luftschadstoffen muss reduziert, die Biodiversität bewahrt und gefördert werden. Außerdem sind große Teile der landwirtschaftlichen Produktion Wetterereignissen wie Dürre, Starkregen und Sturm schutzlos ausgeliefert und somit besonders vulnerabel gegenüber dem Klimawandel, der die Häufigkeit und Intensität dieser Ereignisse erhöhen wird. Folglich müssen Anpassungsmaßnahmen an die Auswirkungen des Klimawandels entwickelt und finanziert werden. Daher sollte Agrarpolitik ganzheitlich gedacht werden und umwelt- sowie gesundheitspolitische Ziele mitberücksichtigt werden.

Im Kontext der Tierwohlabgabe ist daher aus umweltpolitischer Perspektive wichtig, dass auch der Beitrag zur Realisierung von Umwelt- und Klimaschutzziele zu einem Kriterium bei der Ausschüttung der Fördermittel gemacht wird. So sollte durch Stallumbauten kein zusätzlicher Flächenverbrauch entstehen, in Regionen mit hohen Nitratüberschüssen müssten die Bestandsdichte auf ein umweltverträgliches Maß reduziert und Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen realisiert werden. Denn Tierwohl ist ein drängendes ethisch-moralisches Problem, dessen Behebung aber nicht die Bewältigung anderer, drängender Herausforderungen in den Hintergrund stellen darf. Gerade mit Blick auf die globalen sozialen Implikationen des Klimawandels kann die Erhebung einer Tierwohlabgabe nur der erste Schritt bei einer Vielzahl von Maßnahmen im Landwirtschaftssektor sein. Ökonomische Instrumente, die Klimafolgekosten internalisieren, Anreize zu nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Konsum setzen oder Umweltsystemdienstleistungen wie das Anlegen von Agroforsten und die Renaturierung von Mooren honorieren, sind hier eine Schlüsselkomponente des politischen Werkzeugkastens. Sie können aber nicht alle Probleme gleichermaßen gut adressieren, weshalb in Zukunft alle umweltpolitischen Instrumente – von der Information bis zum scharfen Schwert des Ordnungsrechts – genutzt werden müssen, um einerseits LandwirtInnen langfristig ein existenzsicherndes Einkommen

zu ermöglichen und andererseits die Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten so zu verändern, dass die Überlastung der Umwelt durch Lebensmittelproduktion gestoppt wird. Hierzu gehört, dass Fleisch- und Milchwaren wieder zu einem gelegentlichen Genussmittel werden müssen. Im Gegenzug müssen sie mit einem Preis belegt werden, der die Arbeit der ProduzentInnen honoriert, den Investitionsbedarf in der Landwirtschaft deckt und die Klimafolgekosten internalisiert.



Ann-Cathrin Beermann

Die Autorin ist Wissenschaftliche Referentin beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)

-
- 1 TAZ, 21.10.2016
 - 2 Augsburgener Allgemeine, 24.09.2020
 - 3 Thüringen 24, 03.05.2017

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung 2/2021



REICHT'S FÜR ALLE? WELTERNÄHRUNG AN DEN GRENZEN DES WACHSTUMS

**DIE TRANSFORMATION
DER ERNÄHRUNGSSYSTEME**
Richtungs- & Machtfragen
der Welternährungspolitik

› Seite 7

**ERNÄHRUNGSSYSTEME
ALS ANLAGEOBJEKT**
Folgen der Finanzialisierung
von Ernährung &
Landwirtschaft

› Seite 14

WATER FUTURES
Eine gefährliche Form
der Kommerzialisierung
von Wasser

› Seite 17

**MANCHMAL IST
WENIGER MEHR**
Abschied von Weltmärkten
durch global-solidarische
Regionalisierung

› Seite 32

ISSN 1864-0982